STÄDTE- UND GEMEINDEBUND
SACHSEN-ANHALT

Kommunale Perspektiven in bewegten Zeiten

Bei der 18. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt (SGSA) am 2. November 2026 in Zerbst standen die kommunale Finanzlage, die Zusammenarbeit mit der Landespolitik und zentrale Zukunftsfragen der kommunalen Ebene im Mittelpunkt.

Unter dem Leitmotiv ***„Wie weiter Sachsen-Anhalt“*** kamen unsere Mitglieder – die Städte, Gemeinden, Verbandsgemeinden und Zweckverbände – sowie zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter aus der kommunalen Familie, der Landespolitik und der öffentlichen Unternehmen in der Stadthalle Zerbst zusammen. Die Mitgliederversammlung bot Gelegenheit, die Erwartungen der kommunalen Ebene an die weitere politische Entwicklung im Land zu formulieren und mit den anwesenden Vertreterinnen und Vertretern der Landespolitik ins Gespräch zu kommen.

In seiner Eröffnungsrede stellte Andreas Dittmann, Präsident des SGSA, die kommunale Selbstverwaltung als tragende Säule des demokratischen Gemeinwesens heraus. Die Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden seien für die Bürgerinnen und Bürger die Ebene, auf der staatliches Handeln unmittelbar erlebbar werde. ***„Gerade nach einem emotional geführten Landtagswahlkampf komme es darauf an, gesellschaftliche Gräben nicht weiter zu vertiefen und den respektvollen Austausch zu stärken. Die Kommunen seien Orte des Zusammenlebens und könnten in einer politisch herausfordernden Zeit Stabilität und Verlässlichkeit bieten“***, so der Präsident des SGSA.

Andreas Dittmann verband diesen Anspruch mit einer klaren Erwartung an die Landespolitik: ***„Kommunale Selbstverwaltung müsse nicht nur rechtlich gewährleistet, sondern auch finanziell ermöglicht werden.“*** Er verwies auf den erheblichen Haushaltsdruck, der auf der kommunalen Ebene lastet. Das gemeinsame Defizit der Landkreise, Städte, Gemeinden und Verbandsgemeinden betrug im ersten Halbjahr 339 Millionen Euro, nach 124 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum. Die Liquiditätskredite sind um 9,4 Prozent auf 1,71 Milliarden Euro gestiegen. Als Folgen – unmittelbar für Bürgerinnen und Bürger spürbar – nannte er eingeschränkte Angebote, steigende Abgaben und sinkende Investitionsspielräume.

Als Präsident des SGSA erneuerte er deshalb die Forderung nach einer verlässlichen, aufgabengerechten Finanzierung und nach der gemeinsam mit dem Landkreistag erhobenen Forderung einer zusätzlichen jährlichen Heimatmilliarde. Zugleich sprach er sich für klare Zuständigkeiten zwischen Land und Kommunen, insbesondere bei Sicherheitsfragen, sowie für weniger Misstrauen und kleinteilige Kontrolle gegenüber kommunalen Strukturen aus.

Von einer künftigen Landesregierung erwartet der SGSA belastbare finanzielle Rahmenbedingungen, einen Landeshaushalt für 2027 und eine sachorientierte Zusammenarbeit mit den Kommunen – unabhängig von der politischen Zusammensetzung der Landesregierung.

Grußwort der Landesregierung Sachsen-Anhalt: Haushalt und Verwaltungsreform im Fokus

Im Grußwort ging Ministerpräsident Sven Schulze auf die schwierige Haushaltslage des Landes und die noch ausstehende Aufstellung des Haushalts für 2027 ein. Er verwies auf die laufenden Arbeiten der Landesregierung und die Zuständigkeit des Landtags als Haushaltsgesetzgeber. Zugleich betonte er die Bedeutung einer Fortsetzung der Verwaltungsreform. Eine schlankere und leistungsfähigere Verwaltungsstruktur könne dazu beitragen, künftig mehr Spielraum für die Unterstützung der Kommunen zu schaffen.

Weitere Themen waren die Veranlassungskonnexität, die finanziellen Folgen europäischer Förderentscheidungen und der aktuell diskutierte Rechtskreiswechsel ukrainischer Kriegsgeflüchteter. Sven Schulze machte deutlich, dass zwischen Bund und Ländern zwar dahin Einigkeit dahin bestehe, neu eingereiste geflüchtete Menschen aus der Ukraine aus dem System der regulären Grundsicherung in das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) zu überführen. Über die finanziellen Auswirkungen und die Vermeidung zusätzlicher Belastungen für die Kommunen seien jedoch weitere Verhandlungen und Abstimmungen erforderlich.

Sondervermögen, Schule und Kultur: Zentrale Fragen bleiben offen

Im Austausch richteten unsere Mitglieder – passend zum Motto ***„Wie weiter Sachsen-Anhalt“*** – ihre Anliegen an die Vertreterinnen und Vertreter der Landespolitik.

Hierbei standen die Verwendung des Sondervermögens Infrastruktur und der Corona-Sondermittel für den Schulbau im Mittelpunkt – einschließlich der Frage, ob bestehende Förderverfahren fortgeführt und Fristen für laufende Vorhaben verlängert werden können. Zudem ging es um mögliche Änderungen bei der Schulpflicht und um die künftige Ausrichtung der Kulturförderung.

Ulrich Siegmund, Vorsitzender der AfD-Landtagsfraktion und möglicher künftiger Ministerpräsident, signalisierte grundsätzlich Gesprächsbereitschaft zu den kommunalen Themen. Bei vernünftigen Projekten und tragfähiger Finanzierung wolle man gemeinsam handeln. Zugleich stellte er die bisherige Mittelverteilung infrage und kündigte eine kritische Prüfung der Ausgaben an. Wie dabei die Entscheidungskriterien aussehen und ob die Kommunen langfristig mit verlässlichen, pauschal verfügbaren Mitteln rechnen können, blieb jedoch offen.

Vage blieb insbesondere der künftige Umgang mit dem Sondervermögen Infrastruktur. Wahlkampfaussagen der AfD, die Mittel aus dem Sondervermögen sollten aufgrund zu hoher Schuldenbelastung zurückgegeben werden, wurden weder dementiert noch eindeutig bestätigt. Für Sachsen-Anhalt stehen daraus rund 2,61 Milliarden Euro zur Verfügung, davon etwa 1,57 Milliarden Euro für die kommunale Ebene.

Ebenso fehlte eine verbindliche Antwort seitens Siegmund auf die bereits an Landesregierung und Landtag gerichtete Frage, ob Mittel aus der Richtlinie „Schul(frei)räume“, die bisher aus dem Corona-Sondervermögen finanziert werden, in den neuen Haushalt übertragen werden. Solange diese Frage ungeklärt ist, fehlt den Kommunen eine verlässliche Grundlage für die Planung und Umsetzung ihrer – bereits angestoßener – Vorhaben. Deutlich wurde hier, dass eine Weiterfinanzierung aus dem Corona-Sonderfond nicht in Frage kommt. Das bestätigte auch Sven Schulze namens der Landesregierung.

Auch die angekündigte Veränderung im Bereich der Schulpflicht wurde erläutert, ohne dass ein Zeitplan benannt wurde. In begründeten Ausnahmefällen solle diese eine alternative Form der Beschulung nach österreichischem Vorbild ermöglichen, ohne den Bestand bestehender Schulen zu gefährden, so Siegmund.

Zur Kulturförderung bekräftigte er den Wunsch, die Kulturlandschaft Sachsen-Anhalts zu erhalten und weiterzuentwickeln. Zugleich sollten Förderungen für Projekte, die seine Partei als ideologisch geprägt einstuft, kritisch und im Einzelfall geprüft werden. Welche Kriterien dabei gelten und wie sich dies auf kommunale Einrichtungen und Projekte auswirken könnte, blieb ebenfalls offen.

Landesfeuerwehrverband: Vertrauen und Mehrwert im Mittelpunkt

Bei der Vorstellung des Landesfeuerwehrverbandes erläuterte Dr. Alexander Beck dessen Rolle als Interessenvertretung der Feuerwehrangehörigen und als Ansprechpartner für Politik und Verwaltung. Der Verband wolle kommunale Bedarfe stärker aufnehmen und daraus konkrete Vorschläge entwickeln – etwa zu Beschaffungen, Förderbedingungen und Handlungsempfehlungen für die Kommunen. Die beschlossene Erhöhung des jährlichen Mitgliedsbeitrags von 1,70 auf 5 Euro je Feuerwehrangehörigem wurde mit dem zusätzlichen Finanzierungsbedarf begründet.

In den Wortmeldungen wurde deutlich, dass die Herausforderungen des Landesfeuerwehrverbands über die Mitgliedsbeiträge hinausgehen und vor allem Gesprächs- und Kommunikationsbedarf besteht. Für die Zukunftsfähigkeit des Verbandes werden vor allem Transparenz, eine bessere Wahrnehmbarkeit vor Ort und die Wiedergewinnung des Vertrauens entscheidend sein. Thematisiert wurden außerdem die Stärkung der Ausbildung am IBK Heyrothsberge, die Frage wie der Landesverband eine Beteiligung an Beschaffungs- und Förderfragen realisieren will sowie die rechtliche und organisatorische Rolle der Kreisverbände.

Digitale Verwaltungsangebote

Bereichsleiter Dr. Ingmar Soll stellte die kommunalen Dienstleistungen von Dataport und mögliche Anknüpfungspunkte für Sachsen-Anhalt vor. Er nennt unter anderem „de com prozess“, Strategieberatung, die Entwicklung von Onlinediensten, „Modul F“, Workflows, E-Akten-Systeme und weitere verwaltungsbezogene Lösungen und beschreibt ferner bestehende Austauschformate. Dataport führe im Rahmen des Digital-Hub-Netzwerks eine regelmäßige Reihe „Innovation Lab“ durch.

Ergänzend präsentierte Michael Wohlfahrt, Dataport Vorstandsbeauftragter Sachsen-Anhalt, den Verwaltungsassistenten LLMoin. Für die Kommunen in Sachsen-Anhalt sollen 2.500 Lizenzen kostenfrei bereitgestellt werden. Informationen zu dem Angebot hatte die Geschäftsstelle des SGSA bereits an die Mitgliedskommunen weitergeleitet.

Kommunen auf die Agenda setzen

Das Schlusswort hielt Denis Loeffke, Erster Vizepräsident des SGSA. Er hob hervor, dass die Kommunen auch in Krisenzeiten Verantwortung übernähmen und für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort handlungsfähig blieben. Die Botschaft, dass Städte und Gemeinden keine Bittsteller seien, solle deshalb auch für die kommende Landesregierung maßgeblich sein. Denis

Loeffke appellierte, den begonnenen Austausch fortzuführen und die Anliegen der Kommunen bei den anstehenden Entscheidungen frühzeitig einzubeziehen. Seinen Schlussgedanken fasste er mit einem biblischen Leitmotiv aus dem Buch Jeremia zusammen: ***„Es gelte, der Stadt Bestes zu suchen – denn wenn es ihr wohlgehe, gehe es auch den Menschen wohl.“***